

Haltung durch, Probleme dadurch lösen zu wollen, indem man Verbote ausspricht und Veröffentlichung verhindert? Muß in einem Theater nicht mehr möglich sein, als in einem Parteiprogramm zu dulden wäre? Mit der Befürchtung, Gezeigtes und Veröffentlichtes könnte mißverstanden werden bzw. Wasser auf die Mühlen der Falschen lenken, ließe sich vieles verhindern.

Antisemiten auf die Bühne zu bringen muß zunächst noch nicht antisemitisch sein. Eine Person auf die Bühne zu bringen, die „reicher Jude“ heißt, im Grunde auch nicht. Das christliche Mittelalter benutzte die Juden, um sich selbst angesichts des Zinsverbotes nicht zu beschmutzen, aber dennoch auf die Vorteile der Zinsbewirtschaftung nicht verzichten zu müssen. Der „reiche Jude“ bei Fassbinder ist ein literarisches Topos für die Ausbeutung dessen, der selbst als Ausbeuter dasteht. Kann man den Topos vom „reichen Juden“, so sehr er auch auf seine historische Wirkung hin durchschaut ist, aus dem Fundus von Topoi und Stereotypen der Sprache einfach verbannen?

nt

Kampfobjekt

Seit einiger Zeit tun die sandinistischen Comandantes in *Nicaragua* so rein gar nichts, was sie als aufrechte Demokraten ausweisen könnte. Nun haben sie für die Dauer eines ganzen Jahres den Notzustand über das Land verhängt, die Grundrechte für das 3-Millionen-Volk weitgehend ausgesetzt. Ihre Innenpolitik ist repressiv geworden, ihre Wirtschaftspolitik von Mißerfolgen gekennzeichnet, die Außenpolitik aus Not und wohl auch aus Neigung zunehmend prosowjetisch. Sie beschimpfen ihre innen- und außenpolitischen Gegner – Kirchenführer nicht ausgenommen – und zeigen sich arrogant im Umgang, was den hemdsärmeligen Revolutionären besonders schlecht steht. Nicht gerade

das also, was man sich unter den ersten Dienern eines Staates vorstellt.

Nun wollte CDU-Generalsekretär *Heiner Geißler* die deutsche Öffentlichkeit mit dem „Nicaragua-Report“ (am 29. Oktober in Bonn) über die „wahre Lage“ in dem mittelamerikanischen Land informieren. Was notwendig sei, so Geißler, weil das sandinistische Regime mit seinem Propagandaapparat die weltweite Berichterstattung beherrsche. Vor allem in der Bundesrepublik und in Europa werde einseitig berichtet, Fakten würden verschwiegen oder verfälscht. Die Medien hätten eine „Mauer des Schweigens“ um die Zustände in Nicaragua errichtet.

Ist dem wirklich so? Desinformation, Schönfärberei für das sandinistische Regime hat es gegeben, in einigen Rundfunkanstalten mehr als in der Presse. Aber doch nicht nur! Jeder halbwegs aufmerksame Zeitungsleser hat in den letzten drei Jahren die politischen (Fehl-) Entwicklungen in Nicaragua verfolgen können. Anhand einer Vielzahl von Nachrichten, die sich an Fakten hielten, und über Trendberichte. Die zogen eher – in ganz anderer Richtung als die von Geißler beklagte – immer wieder einmal den zum jeweiligen Zeitpunkt vorliegenden und düsteren Schluß, das Abgleiten Nicaraguas in den Totalitarismus und seine Integration in den östlichen Machtbereich sei wenn nicht eine Tatsache, so doch vorauszusehen. Wer beim Zeitungslesen bedachte, daß Informationen überhaupt höchst selten rücksichtslos im eigentlichen Sinn des Wortes gegeben werden, konnte sich auch aus widersprüchlichen Meldungen ein Bild über die Lage in Nicaragua machen.

Wozu also die Geißlersche Informationsveranstaltung? Sie sollte dazu beitragen, „einer undemokratischen und die Menschenrechte verletzenden Regierung internationale Unterstützung zu entziehen“. Da tut sich denn für die Union ein weites Feld auf. Zweifellos gehören Menschenrechtsverletzungen, wo immer sie begangen werden, an den öffentlichen Pranger. Aber auf dem lateinamerikanischen Kontinent und gleich in der Nachbar-

schaft Nicaraguas findet sich weit Schlimmeres. Nicht einmal die der Verharmlosung unverdächtigen Schilderungen des seit Jahren im Exil lebenden *Esteban Gonzales* von der Unabhängigen Menschenrechtsorganisation Nicaraguas CPDH reichen nur annähernd an das heran, was die zivile Bevölkerung in Guatemala und – nach wie vor – auch in El Salvador erleiden muß.

Daß der CDU-Generalsekretär die Sozialistische Internationale wegen ihrer Unterstützung für das sandinistische Regime als Angriffsziel wählte („Nicaragua wird von der Kommunistischen und von der Sozialistischen Internationale zu einem Kampfobjekt gegen die Vereinigten Staaten instrumentalisiert“), die auch in der CDU umstrittene Rolle der USA aber aussparte, kann kaum mit dem Kriterium unterschiedlicher Bedeutsamkeit begründet werden. Allein dem Verdacht, hier werde mit Menschenrechten Politik (und noch dazu Parteipolitik) gemacht, hätte sich die CDU nicht aussetzen sollen. Eine weniger ideologische, dafür etwas breitere geographische Basis – mit den Nachbarländern Guatemala und El Salvador erreicht Nicaragua die Flächengröße der Bundesrepublik – hätte dem Anliegen Menschenrechte nicht geschadet, im Gegenteil. So ist der Eindruck entstanden, das von innen und außen stark bedrängte sandinistische Regime solle auch von hier aus noch ein wenig destabilisiert werden.

Der zum „Report“ geladene nicaraguanische Oppositionspolitiker *Augustín Jarquín Anaya* beklagte in einem für den Bundesvorstand der Jungen Union verfaßten Lagebericht die wenig tatkräftige Unterstützung der bürgerlichen Opposition in Nicaragua durch die westlichen Länder. Es fehle an Solidaritätsbeweisen, wie sie etwa die sandinistischen Jugendorganisationen aus dem Ostblock und auch aus dem Westen erführen. Solche Gesten wären möglich und sinnvoll, wenn auch nicht spektakulär. Destabilisieren ist ein schmutziges Geschäft und ein fragwürdiges politisches Mittel, das zudem im Fall Nicaragua bereits militärisch und damit mehr als ausreichend angewendet wird.

bu